

# Das problematische Prinzip Hoffnung

*Unter dem Motto „Wachstum braucht Aufbruch“ diskutierten Experten beim jüngsten Montagsgespräch von STANDARD, der Industriellenvereinigung und Wien Heute. Vertrauen zum Aufbruch, stimmte man überein, ist eine Frage der richtigen Politik und der Auflösung erstarrter, unzeitgemäßer Strukturen. Eva Stanzl dokumentiert.*

Wien – „Vor dem Hintergrund der schwachen Inlandsnachfrage und der geopolitischen Instabilitäten brauchen wir Reformen zur Dynamisierung der Wirtschaft“, konstatierte Christian Friesl, Bereichsleiter der Industriellenvereinigung für Gesellschaftspolitik, zu Beginn des gut besuchten Montagsgesprächs im Haus der Musik.

Ein „neuer Dialog“ zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sei dringend nötig, mehr Eigenverantwortung der Unternehmen, Investitionen in die Forschung und politische Reformen dazu erforderlich. Friesl plädierte für Bürokratieabbau, Steuerentlastungen und mehr Beschäftigung vor allem älterer Arbeitnehmer. „Erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften“ fände zudem idealerweise in einer solidarischen Gesellschaft statt, meinte der habilitierte Theologe. Das Beispiel nordeuropäischer Staaten zeige, dass es sehr wohl gelinge, wirtschaftliche Prosperität und hohe soziale Standards zu vereinbaren.

Neues Vertrauen ja, aber wie ist es zu erreichen? Christian Smekal, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Innsbruck, ortete ein übergeordnetes Problem

**Finanzwissenschaftler Smekal, Gesellschaftspolitik-Experte Friesl, Philosoph Liessmann, Moderator Freund, Sozialforscher Marin, Unternehmensberater Reichl und Ex-ORF-Intendant Bacher (v. li.); Aufbruch durch Vernetzung mit den Nachbarländern.**

Foto: Fischer



eine gemeinsame Position ausgearbeitet werden konnte“, meinte Marin. Jedoch: „Das selbe ist bei den Pensionen nicht gelungen.“ Denn hier gab es vonseiten der Arbeitnehmervertreter keinen Gegenentwurf – bei jährlichen Kosten der Pensionen von bis zu 15 Milliarden Euro für Wirtschaft und Industrie. Ma-

Opposition gegenübersteht, können eindeutige Konzepte auch durchgeführt werden.“

Parallel dazu bedürfte es Maßnahmen zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit von Politik: Eine „neue Wahrhaftigkeit“ müsse die „Phrasendrescherei von heute“ auflösen. Außerdem sei eine „Durchforstung unserer Folklorerepublik“ dringend angesagt: „Der sparsame Bürgerstaat wäre nicht nur eine mil-

schon Wirtschaft, Anlegern, Politik und Konsumenten aus dem Lot geraten sei, dann habe das auch damit zu tun, „dass wir in den letzten zehn Jahren mit Aufbruchseuphorien nur so versorgt wurden“, so Liessmann. Zukunftsgläubigkeit und ein auf Enttäuschung folgender Vertrauensverlust seien nichts Ungewöhnliches und „gehören zum Spiel des Kapitalismus, seit es ihn gibt“. Und von Ver-

ren, die Aktienkurse steigen, wird niemand das Vertrauen der Bürger einfordern“, meinte Liessmann.

Er plädierte für die Rückkehr zu einer Politik, die dem produktiven Kapital den Vorrang gegenüber Finanzkapital einräume: „Gewinne müssen auch soziale Verantwortung implizieren, und sich nicht nur die Standorte aussuchen, wo die Lohnkosten am niedrigsten sind.“

Freund vom ALBUM kalmierend eingreifen musste, und eine Diskussion zwischen Publikum und Experten, die vor allem eines zeigte: Vertrauen ist eine brisante Kategorie. Im Zusammenhang mit Wirtschaft und Wachstum weckt sie Hoffnungen wie Ängste. Beim nächsten Termin am kommenden Montag, wieder im Haus der Musik, geht die Debatte weiter.

”

im Zusammenprall globaler und nationaler Interessen: „Die Globalisierung stößt in unseren nationalen Schrebergärten der Politik auf Strukturbarrieren.“ Die gute Seite: „Österreich hat die besten Voraussetzungen, um diese Strukturprobleme zu lösen.“

Bei Wachstum, Beschäftigung, Einkommen und Kultur liege das Land EU-weit im Spitzenfeld. Aber, sagte Smekal, „Österreich muss die Herausforderungen auch annehmen.“ Natürlich sei es zu klein, um den Motor der Weltwirtschaft anzukurbeln. Aber man müsse sich im Klaren sein, dass die öffentlichen Haushalte, das Sozialsystem und die regulierte Wirtschaft „aus der Vergangenheit sind“ und selbst für ein kleines Land „nicht mehr funktionieren“. Smekal plädierte für Liberalisierung, Entbürokratisierung und eine „vertrauensbildende Politik der Offenheit: Wir leben immer noch in einem Bevormundungsstaat.“ Gleichzeitig haben die Bürger das Gefühl, „dass die Politiker nur taktieren und an kurzfristigen Lösungen interessiert sind.“

Bernd Marin, Sozialwissenschaftler und Direktor des European Centre der UNO in Wien, brachte eine detailreiche Analyse der Pensionsreform als mögliches Beispiel für Vertrauensverlust zwischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Er konzentrierte sich dabei zunächst auf die Sozialpartnerschaft, „die im klassischen Sinn ausgedient hat, denn die gemeinsamen Zielsetzungen sind verloren gegangen“.

Die „letzte große Stunde“ der Partnerschaft von Wirtschaft und Arbeitnehmervertretungen sei die Abfertigung neu gewesen, „wo tatsächlich

**Der Prozess  
der Globalisierung  
stößt in  
unseren nationalen  
Schrebergärten  
der Politik auf  
Strukturbarrieren.**

**Christian Smekal**

“

rin kritisierte die die „Schneckenhaftigkeit“ von „Dutzenden kleinen Reformen“, die vor allem auch auf „Blockaden in internen Abläufen“ zurückzuführen seien.

Der ehemalige ORF-Generallintendant Gerd Bacher („Ich bin einfach der Bacher“) bezeichnete die Gewerkschaft-

”

**Der sparsame  
Bürgerstaat wäre nicht  
nur eine  
milliardenschwere  
Einsparung, sondern  
geradezu eine  
spirituelle Erneuerung.**

**Gerd Bacher**

“

ten und den „jämmerlichen Populismus der Politiker“ als größtes Hindernis: „Große Koalitionen versumpfen in Kompromissen, kleine sind erpressbar, und wer nicht in der Regierung sitzt, macht Fundamentalopposition und Blockade“, so Bacher. Österreich brauche daher ein Mehrheitswahlrecht: „Wenn einer Einparteienregierung eine starke

liardenschwere Einsparung, sondern geradezu eine spirituelle Erneuerung“, meinte „der Bacher“.

Nicht Spirituelles (und auch nicht Frauen auf dem Podium), sondern die Jugend fehlte Manfred Reichl, dem Geschäftsführer für Mittel- und Osteuropa von Roland Berger Consultants, bei der Diskussion: „Wir gesetzten Herren debattieren hier über den Aufbruch, und die Jungen, die den Aufbruch tragen müssen, sind in diesem Raum nicht vertreten. Wir sprechen darüber, dass Aufbruch Vertrauen braucht, ohne zu wissen, was diese Bevölkerung will.“

Der Aufbruch, machte Reichl klar, „geschieht in den östlichen Ländern. Wir in Österreich sind eine gesättigte Gesellschaft, daher kann er hier gar nicht passieren, denn zu einem richtigen Aufbruch braucht man Hunger.“ Die Gefahr dabei sei, dass die Jugend Zentraleuropas Österreich überrolle, weil sie genau so viel könne, aber weniger verdiene. Um nicht – wie früher die Ostblockländer – an den wirtschaftlichen Rand gedrängt zu werden, „müssen wir unseren Aufbruch aus der Umgebung ziehen: Wir müssen uns daher stark mit den Nachbarländern vernetzen, sie ins Land holen und mit ihnen eng zusammenarbeiten“, meinte Reichl.

„Ich kann die ganzen Anforderungen zur Selbstqualifikation und Mea-culpa-Rufe nicht mehr hören“, begann nun Konrad Paul Liessmann, Philosoph an der Uni Wien: „Das ist im viertreichsten Land in der EU und dem zehntreichsten Land der Welt nachgerade absurd.“

Wenn das Vertrauen zwi-

trauen „redet man übrigens nur in Krisenzeiten: Wenn die Unternehmen wieder florie-

Es folgten ein Schlagabtausch auf dem Podium, in den Moderator Michael

DER STANDARD **Webtipp:**  
www.wirtschaft-und-gesellschaft.at